

Teil der Veränderung werden

Inspirieren, Messen, Handeln: Digitalisierung ist der Motor für unseren Klimaschutz

Das „Grüne Datenkonto“ ist die Basis des kirchlichen Klimaschutzes. Dahinter verbirgt sich eine bundesweite Datenbank, in der Gebäude- und Energiedaten strukturiert gebündelt werden.

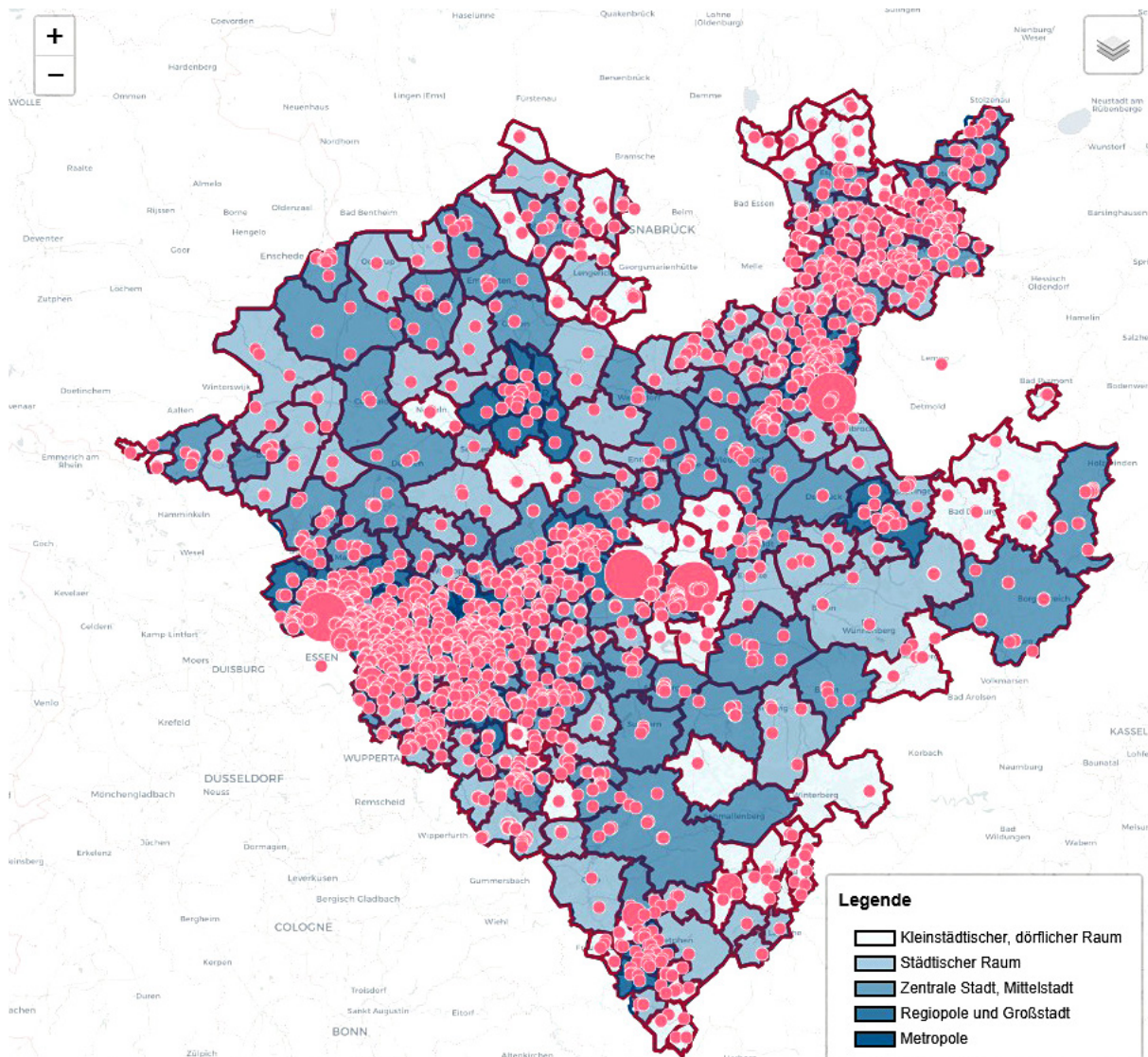
VON SIMONE HÜTTENBEREND

90 Prozent weniger CO₂ bis 2035 – dieses Ziel setzt die gesamte Evangelische Landeskirche von Westfalen (EKvW) unter Strom. In rund 420 Gemeinden zwischen Tecklenburger Land und Siegerland wandeln wir unsere Schöpfungsverantwortung jetzt konsequent von der Theorie in messbare Taten um. Der entscheidende Motor für diesen Aufbruch: eine intelligente Digitalisierung, die Fakten in echtes Handeln verwandelt.

Das digitale Fundament: Das Grüne Datenkonto. Jede kluge Planung beginnt mit einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Die Basis für den kirchlichen Klimaschutz bildet das „Grüne Datenkonto“. In dieser bundesweiten Datenbank werden Gebäude- und Energiedaten strukturiert gebündelt. Der Erfolg kann sich sehen lassen: Mittlerweile sind die Energiedaten von mehr als 70 Prozent der kirchlichen Gebäude – das sind über 3600 Objekte – im System hinterlegt.

Über 350 Gemeinden kontrollieren Temperatur

Monitoring in Echtzeit: Die KlimaApp. Besonders sichtbar wird der digitale Wandel in unseren Kirchenräumen. Die „KlimaApp“ hat sich bereits fest etabliert: In über 350 Kirchen nutzen Gemeinden das automatisierte Raumklimamonitoring, um durch gezielte Temperaturabsenkung Energie zu sparen und gleichzeitig wertvolle Orgeln und die Bausubstanz zu schützen.



Über 300 Nutzerinnen und Nutzer sind freigeschaltet und gestalten mit der neuen „Applikation für Gemeinde und Transformation“ (GuTeApp) aktiv die Zukunft ihrer Kirchengemeinden.

ring, um durch gezielte Temperaturabsenkung Energie zu sparen und gleichzeitig wertvolle Orgeln und die Bausubstanz zu schützen.

Doch die App kann noch mehr: In einer Pilotphase wird derzeit ein Energiemonitoring erprobt. Sensoren an den Strom- und Gaszählern liefern Verbrauchsdaten in Echtzeit direkt in die App. Damit kann Energieverschwendung so-

fort erkannt werden und es kann gegengesteuert werden.

Inspiration per Mausklick: Die Good-Practice-Datenbank. Niemand muss den Klimaschutz alleine neu erfinden. Um den Wissenstransfer zu fördern, hat das Klimabüro eine digitale Sammlung von „Good-Practice-Beispielen“ aufgebaut. Auf einer interaktiven Karte können Interessierte über

100 erfolgreiche Projekte entdecken – vom „Tiny Forest“ auf einem Friedhof über „Dreiraumboxen“ für das Teilen von Dingen bis hin zum Fairen Frühstück. Diese Beispiele zeigen eindrucksvoll, dass klimafreundliches Handeln vor Ort einen Unterschied macht und zur Nachahmung anregt.

Das Navigationssystem für die Gemeinde: die GuTeApp. Das Herz-

stück der digitalen Unterstützung ist die neu entwickelte „GuTeApp“ (Applikation für Gemeinde und Transformation): Die App verknüpft Gebäude- und Energiedaten mit der Gemeindestatistik und wertet diese in Karten, Diagrammen und Berichten aus. Ein besonderer Clou: Die GuTeApp erlaubt es, zukünftige Gemeindefusionen durchzuspielen.

GuTeApp steht kostenfrei zur Verfügung

Die besten digitalen Werkzeuge nützen nur, wenn sie angewendet werden. Die GuTeApp steht schon jetzt allen Haupt- und Ehrenamtlichen in der EKvW kostenfrei zur Verfügung. Über 300 Nutzerinnen und Nutzer sind bereits freigeschaltet und treiben die Transformation in ihren Körperschaften voran.

Gemeinden, die sich gerne zukunftsfest machen möchten, können sich per E-Mail bei klimaapp@ekvw.de anmelden. Für Fragen und den Austausch bietet das Klimabüro zudem jeden ersten Dienstag im Monat eine digitale Sprechstunde an. Gemeinsam machen wir den Klimaschutz in Westfalen messbar, planbar und erfolgreich.

● Mehr Informationen: <https://www.kircheundklima.de/online-anwendungen/>

Die beiden Hauptbeiträge auf dieser Seite kommen vom Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Experten: Klimaschutzprogramm nachbessern

Das Institut für Kirche und Gesellschaft unterstützt kirchliche Kampagnenarbeit

VON SVEN RUDOLPH

Am 24. März jährte sich das wegweisende Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum fünften Mal. 2021 war das damalige Klimaschutzgesetz als unzureichend eingestuft worden. Es wurde nachgebessert, die Ziele verschärft. Nun, fünf Jahre später, muss die neue Bundesregierung ein überarbeitetes Klimaschutzprogramm vorlegen, so schreibt es das Klimaschutzgesetz vor. Doch die Rahmenbedingungen in Zeiten des Irakkriegs, steigender Öl- und Gaspreise sowie sich wieder trübender Wirtschaftsaussichten sind denkbar schlecht.

Und auch aktuelle Prognosen versprechen nichts Gutes: Bereits Mitte März wies das Umweltbundesamt in seinem neuen Projektionsbericht auf eine mögliche Verfehlung des 65 Prozent-Treibhausgas-Minderungsziels für 2030 hin. Zwar sei es „in greifbare Nähe“ gerückt, gleichzeitig sei aber die bereits bestehende Erfüllungslücke aufgrund fehlender Maßnahmen vor allem im Gebäude- und Ver-

kehrssektor noch einmal um fünf Millionen Tonnen gewachsen. Zudem warnte das Öko-Institut, dass die im Februar von der Bundesregierung vorgelegte Reform des Gebäudeenergiegesetzes die Erfüllungslücke zum Klimaschutzziel 2040 nochmals um 14 bis 22 Millionen Tonnen vergrößern könne.

Verheerendes Urteil der Experten

Am Tag nach dem Klima-Urteil-Jubiläum verabschiedete das Bundeskabinett dann die Eckpunkte des neuen Klimaschutzprogramms (KSP), des zentralen klimapolitischen Rahmenwerks dieser Legislatur. Doch wieder fiel das Urteil der Expertinnen und Experten verheerend aus. Der Expertenrat für Klimafragen attestierte dem KSP trotz der bereits deutlich überschätzten Emissionsminderungswirkungen der KSP-Maßnahmen eine knappe Zielverfehlung für 2030 und der Bundesregierung ein „geringes Ambitions- und Innovationsniveau“.

Wesentliche Gründe hierfür seien der fortgeschriebene Fokus auf die Energiewirtschaft und das weitgehende Fehlen sozial gestaffelter Klimaschutz-Maßnahmen im Gebäudesektor. Für das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft ist das KSP nicht nur „klimapolitisch riskant“, sondern auch „ökonomisch ineffizient“. Statt klimaschädliche Anreize wie die Entfernungspauschale auszuweiten und klimapolitisch wirksame Instrumente wie den Emissionshandel im Gebäude- und Verkehrssektor zu verschieben, müsse die Bundesregierung vor allem die Planbarkeit der CO₂-Bepreisung stärken, klimaschädliche Subventionen abbauen und die öffentlichen Finanzen am Klimaschutz ausrichten.

Auch das Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) setzt sich für eine nachhaltigere Klimapolitik ein, für einen sozial abgefederten Emissionshandel und für eine zukünftige Finanzierung des Klimaschutzes. Bereits im November 2025 hatte das IKG gemeinsam mit der Klima-Allianz Deutschland einen Appell kirchlicher Organisa-

tionen initiiert. Am Ende sprach sich ein ökumenisches Bündnis aus 62 Akteuren, darunter auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW), für ein ambitioniertes, sozial gerechtes Klimaschutzprogramm aus.

Verantwortung für die Schöpfung übernehmen

„Wer heute mutig handelt, übernimmt Verantwortung für die Zukunft, für Gottes Schöpfung und legt den Grundstein für ein modernes und gerechtes Land“, hieß es dort. Die Forderung „weg von teurem Öl und Gas, hin zu bezahlbarem und klimagerechtem Wohnen ... und einer alltagstauglichen und erschwinglichen Mobilität“ erweist sich heute, angesichts erneut sichtbar werdender fossiler Abhängigkeiten, fast schon als prophetisch.

● Unter „Fokus Klimapolitik“ ist die klimapolitische Arbeit gebündelt: www.kircheundgesellschaft.de, Fachbereich „Umwelt + Soziales“.

51 Prozent für zeitlich begrenztes Tempolimit

Hamburg. Angesichts der aktuellen Energiekrise spricht sich rund die Hälfte der Deutschen für ein temporäres Tempolimit aus. Wie eine Forsa-Umfrage im Auftrag von „Stern“ und RTL ergab, befürworteten 51 Prozent der Bundesbürger die Einführung einer zeitlich befristeten Höchstgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen und 80 Stundenkilometern auf Landstraßen, um den Energieverbrauch zu reduzieren. 48 Prozent lehnen eine solche Begrenzung ab.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in dieser Frage zwischen den Geschlechtern: Während die Mehrheit der Frauen mit 63 Prozent ein temporäres Tempolimit befürwortet, sind es bei den Männern nur 37 Prozent. Eine solche Tempobegrenzung hatte die Wirtschaftswissenschaftlerin Veronika Grimm vorgeschlagen. Ein Tempolimit könnte demnach den Benzin- und Dieselverbrauch senken und so zu einer Verringerung der Tankkosten beitragen, die infolge des Iran-Kriegs stark angestiegen sind. Für die repräsentative Erhebung befragte Forsa am 9. und 10. April 1000 Deutsche. **epd**